



**Baden-Württemberg**  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE  
ABTEILUNG 5 - UMWELT

Malsch		
27. Dez. 2021		
EM		
GSB	PB	IT
FI	HB	TB

Regierungspräsidium Karlsruhe · 76247 Karlsruhe

Bürgermeisteramt  
Malsch  
Postfach 1180  
76308 Malsch

Karlsruhe 21.12.2021  
Name Sabine Stein  
Durchwahl 0721 926 - 7541  
E-Mail Foerderung52@rpk.bwl.de  
Aktenzeichen 52-8907.56-16821  
(Bitte bei Antwort angeben)

**nachrichtlich (per E-Mail):**


Landratsamt Karlsruhe  
**Amt für Umwelt und Arbeitsschutz**  
Beiertheimer Allee 2  
76137 Karlsruhe

[umweltamt@landratsamt-karlsruhe.de](mailto:umweltamt@landratsamt-karlsruhe.de)  
Cc: [gewaesser@landratsamt-karlsruhe.de](mailto:gewaesser@landratsamt-karlsruhe.de)

Landratsamt Karlsruhe  
**Kommunal- und Prüfungsamt**  
Beiertheimer Allee 2  
76137 Karlsruhe

[kup@landratsamt-karlsruhe.de](mailto:kup@landratsamt-karlsruhe.de)

**L-Bank**

 **Zuwendung für wasserwirtschaftliche Vorhaben nach FrWw 2015 – Wasserbau und Gewässerökologie; Vorhaben: Starkregenrisikomanagement für die Gemeinde Malsch**

Antrag vom 09.12.2021

**Anlagen**

- (nur Antragsteller) Allgemeine Nebenbestimmungen für die Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)

**Zuwendungsbescheid**

## **1 Bewilligung**

Auf Antrag vom 09.12.2021 wird der Gemeinde Malsch für das nachstehend bezeichnete Vorhaben nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2015 - FrWw 2015 - vom 21. Juli 2015, Az.: 5-89.07.00/5 (GABl. Nr. 10, 2015 S.784ff), und §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie der Verwaltungsvorschriften hierzu (VV-LHO) eine Zuwendung in Höhe von

**46.800,00 €**

(in Worten: Sechsvierzigtausendachthundert Euro)

bewilligt.

Die Mittel stammen aus dem baden-württembergischen Staatshaushalt, den der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat.

### **1.1 Vorhaben**

Erarbeitung eines kommunalen Starkregenrisikomanagements für die Gemeinde Malsch nach dem Leitfaden „kommunales Starkregenrisikomanagement Baden-Württemberg“ (LUBW, 2016). Die Umsetzung erfolgt gemäß Angebot des Ingenieurbüros InfraConsult vom 01.12.2021 sowie der fachtechnischen Stellungnahme des Landratsamtes Karlsruhe (Amt für Umwelt und Arbeitsschutz) vom 20.12.2021.

### **1.2 Bewilligungszeitraum und Auszahlung der Zuwendung**

Der Bewilligungszeitraum erstreckt sich von Beginn des Vorhabens bis zu dem für die Vorlage des Verwendungsnachweises nach Ziffer 2.3 dieses Bescheides genannten Zeitpunkt.

Eine anteilige Zuwendung kann entsprechend den nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben innerhalb des Bewilligungszeitraums angefordert werden. Die L-Bank Baden-Württemberg in Karlsruhe zahlt die Zuwendung entsprechend den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln aus.

Die Formulare zur Abwicklung der Auszahlungen werden im Internet auf der Homepage der Regierungspräsidien unter dem Themenpfad Wirtschaft > Förderungen > Förderprogramme > Förderbereich Wasserwirtschaftliche

Vorhaben > Förderung Wasserbau und Gewässerökologie bereitgestellt. **Die Verwendung dieser Formulare ist bindend.**

Die Darstellung der einzelnen Ausgaben erfolgt im zahlenmäßigen Nachweis (Muster 5 FrWw 2015). Anträge auf Teilzahlung (Muster 4 FrWw 2015) der Zuwendung sind zusammen mit dem zahlenmäßigen Nachweis bei der zuständigen unteren Wasserbehörde einzureichen. Die Zuwendung ist per E-Mail anzufordern. Weitere Erläuterungen zum Ausfüllen der Formulare und Abwicklung sind in der Excel-Datei des zahlenmäßigen Nachweises beschrieben.

Bei der Abrechnung des Vorhabens ist der Verwendungsnachweis (Muster 6 FrWw 2015) zusammen mit dem zahlenmäßigen Nachweis bei der unteren Wasserbehörde auf dem Postweg vorzulegen.

### **1.3 Zuwendungsart, Finanzierungsart und Form der Zuwendung**

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses zu den zuwendungsfähigen Ausgaben auf der Basis eines Fördersatzes in Höhe von

**70,00 %**

gemäß Nr. 15.5 i.V.m. Nr. 12.7 FrWw 2015 gewährt.

### **1.4 Kosten- und Finanzierungsplan**

#### Zuwendungsfähige Ausgaben

Die zuwendungsfähigen Ausgaben lt. Antrag betragen:	68.000,00 €
Die zuwendungsfähigen Ausgaben wurden wie folgt ermittelt: Siehe Angebot InfraConsult 01.12.2021	
Die zuwendungsfähigen Kosten werden festgestellt auf:	66.900,00 €

### Finanzierung

Die Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist wie folgt vorgesehen:

Eigenmittel	20.100,00 €
Einnahmen	€
Drittmittel	€
Zuwendungen (Land)	46.800,00 €
Zuwendungen (Bund, ohne GA)	€
Zuwendungen (EU)	€

### Bewilligungsrahmen

Zuwendungsfähige Ausgaben	Förder-satz	Kap.	Titel	Zuwendung (gerundet)	Bemerkungen
€	%	-	-	€	-
<b>Aktueller Zuwendungsbescheid</b>					
66.900,00	70,00	1005	883851	46.800,00	Erstbescheid
<b>Für das Vorhaben insgesamt bewilligte Zuwendung:</b>				46.800,00	

## **2 Nebenbestimmungen**

Die als Anlage beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) und die FrWw 2015) sind Bestandteile dieses Bescheids. Abweichend oder ergänzend hierzu wird folgendes bestimmt:

### **2.1 Mitteilungspflichten bei Änderung der Ausgaben**

Ergänzend zu den Mitteilungspflichten nach Nr. 5 ANBest-K wird festgelegt:

#### Änderung der zuwendungsfähigen Ausgaben

Zuwendungsfähige Mehr- oder Minderausgaben sind dem Regierungspräsidium unverzüglich über die untere Wasserbehörde anzuzeigen. Ein Anspruch auf Erhöhung der Zuwendung wird hierdurch nicht begründet. Im Übrigen gilt Nr. 4.5 VV zu § 44 LHO.

## 2.2 Anzeigepflichten

Der Beginn des Vorhabens (Tag der Auftragsvergabe) ist der

- unteren Wasserbehörde,
- der L-Bank und
- dem Regierungspräsidium Karlsruhe

umgehend bzw. spätestens innerhalb einer Woche nach dem unter Nr. 2.3 dieses Bescheides festgelegten Termin anzuzeigen.

Der Anzeige an die L-Bank ist die Bankverbindung beizufügen. Die Anzeige kann auf postalischem Weg (Abteilung Finanzhilfen, Schlossplatz 10, 76113 Karlsruhe) oder per E-Mail an [um.auszahlungen@l-bank.de](mailto:um.auszahlungen@l-bank.de) erfolgen.

Die übrigen Mitteilungspflichten nach Nr. 5 ANBest-K sind gegenüber der unteren Wasserbehörde zu erfüllen.

## 2.3 Ausführungsfristen und Widerrufsvorbehalt

Das Regierungspräsidium behält sich gem. § 36 LVwVfG i. V. m. den Nr. 5.5 bzw. 13.4.4 der VV zu § 44 LHO vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn

- mit dem Vorhaben nicht bis zum

**01.02.2022**

begonnen worden ist,

- das Vorhaben länger als ein halbes Jahr unterbrochen wird,
- sich die der Bewilligung zugrundeliegenden Verhältnisse wesentlich ändern, insbesondere sich die zuwendungsfähigen Aufwendungen verringern,
- das Vorhaben nicht bis zum

**01.11.2023**

fertiggestellt bzw. der Verwendungsnachweis nicht der zuständigen Fachbehörde bis zu vorgenannten Termin vorgelegt wurde,

- die Unterlagen zur Erfolgskontrolle nach Nr. 2.5 nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt werden.

#### **2.4 Verzinsung von Erstattungsbeträgen bei Rückforderungen**

Erstattungsbeträge werden in entsprechender Anwendung des § 291 BGB verzinst.

#### **2.5 Erfolgskontrolle**

Der Nachweis über den Erfolg ist das erstellte Starkregenrisikomanagementkonzept. Dieses ist mit dem Verwendungsnachweis der unteren Wasserbehörde und dem Regierungspräsidium Karlsruhe vorzulegen.

#### **2.6 Sonstiges**

Die Erstellung von Starkregengefahrenkarten ist nach dem Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg“ der LUBW (2016) auszuführen.

Die Daten für die Berechnung werden von der LUBW gemäß dem o.g. Leitfaden dem Antragsteller zur Verfügung gestellt.

Nach der Berechnung sind die ermittelten Ergebnisdaten im vorgegebenen Format nach Anhang 1 c des Leitfadens an die LUBW zu übergeben. Die Schlusszahlung kann erst erfolgen, wenn die Qualitätssicherung der Daten seitens der LUBW erfolgreich abgeschlossen ist.

### **3 Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Karlsruhe in Karlsruhe erhoben werden.

  
Victoria Wiedemann

## Anlage 3 zu VV Nummer 13.4.1 zu § 44 LHO

### Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)

Die ANBest-K enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne des § 36 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) und ihre Erläuterung. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheids, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Der Zuwendungsgeber behält sich vor, nachträglich eine Auflage aufzunehmen, zu ändern oder zu ergänzen.

#### 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung

- 1.1 Die Zuwendung darf nur für den im Zuwendungsbescheid bestimmten Zweck verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Der der Bewilligung zu Grunde liegende Kosten- und Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die darin enthaltenen Eigenmittel und Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle zuwendungsfähigen Ausgaben einzusetzen.
- 1.3 Die Ausführung einer Baumaßnahme muss der der Bewilligung zu Grunde liegenden Planung sowie den technischen und baurechtlichen Vorschriften entsprechen. Von den Bauunterlagen darf nur abgewichen werden, soweit die Abweichung baufachlich nicht zu einer wesentlichen Änderung des Bau- und/oder Raumprogramms führt.
- 1.4 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von drei Monaten nach der Auszahlung für zuwendungsfähige Ausgaben benötigt wird. In der Anforderung sind die erwarteten zuwendungsfähigen Ausgaben darzustellen. Sind an der Finanzierung mehrere Zuwendungsgeber beteiligt, darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.
- 1.5 Abweichend von Nummer 1.4 gilt bei Hochbaumaßnahmen, dass von der Zuwendung,
  - 1.5.1 20 Prozent nach Vergabe des Rohbauauftrags,
  - 1.5.2 30 Prozent nach Vorlage der baurechtlichen Abnahmebescheinigung für den Rohbau,
  - 1.5.3 40 Prozent nach Vorlage der baurechtlichen Schlussabnahmebescheinigung und
  - 1.5.4 10 Prozent nach Vorlage des Verwendungsnachweises angefordert werden können;
- 1.6 Teilbeträge von weniger als 10.000 Euro werden nicht ausgezahlt.
- 1.7 Zuwendungen von nicht mehr als 25.000 Euro werden erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises ausgezahlt.
- 1.8 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart, oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

#### 2 Nachträgliche Verminderung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder Veränderung der Deckungsmittel

- 2.1 Wenn nach der Bewilligung
  - > sich die zu Grunde gelegten zuwendungsfähigen Ausgaben vermindern oder
  - > sich die zu Grunde gelegten Einnahmen erhöhen oder
  - > neue Deckungsmittel hinzutreten,ermäßigt sich die Zuwendung insoweit, als der Saldo aller Änderungsbeiträge - ohne Berücksichtigung von Eigenmittelländerungen - zu einer Verbesserung der zu Grunde gelegten Finanzierung führt, und zwar
  - 2.1.1 bei Anteilsfinanzierung entsprechend dem Vmhundertersatz oder dem Anteil der Zuwendung an den zu Grunde gelegten zuwendungsfähigen Ausgaben,
  - 2.1.2 bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen Betrag der Finanzierungsverbesserung; bei anteiliger Fehlbedarfsfinanzierung entsprechend dem Vmhundertersatz oder dem Anteil der Zuwendung am ursprünglich zu Grunde gelegten Fehlbedarf.
- 2.2 Wenn in den Fällen der Nummer 2.1 auch nach einer Ermäßigung der Zuwendung die verbleibende Summe aller Deckungsmittel (ohne Eigenmittel) die zuwendungsfähigen Ausgaben übersteigt (Überfinanzierung), ermäßigt sich die Zuwendung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber in Höhe der Überfinanzierung.
- 2.3 Wenn bei Festbetragsfinanzierung
  - 2.3.1 der Festbetrag auf das Vielfache eines Betrages, der sich für eine bestimmte Einheit ergibt, festgelegt wurde und sich dieses Vielfache nach der Bewilligung verringert, ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend der Verringerung des Vielfachen;

2.3.2 alleine durch die Zuwendung des Landes und etwaige Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber eine Überfinanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben vorliegt, ermäßigt sich die Zuwendung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber in Höhe der Überfinanzierung.

2.4 Die Nummern 2.1 und 2.3 gelten nur, wenn die Ermäßigung der Zuwendung mehr als 2.500 Euro beträgt; bei Vollfinanzierung gelten sie uneingeschränkt.

#### 3 Vergabe von Aufträgen

- 3.1 Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks sind die nach dem Gemeindefinanzierungsrecht anzuwendenden Vergabevorschriften, die Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung bestimmter Bewerberinnen oder Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und, wenn Aufträge mit einem Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro, die überwiegend durch Zuwendungen finanziert sind, vergeben werden, für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung - UVGO) zu beachten.
- 3.2 Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers als Auftraggeber gemäß Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bleiben unberührt.

Zu beachten sind insbesondere die Verordnungen über die Vergabe

- > öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung),
- > öffentlicher Aufträge im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (Sektorenverordnung),
- > von Konzessionen (Konzessionsvergabeverordnung).

#### 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworbene oder hergestellte Gegenstände

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

#### 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers

- 5.1 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem Zuwendungsgeber anzuzeigen, wenn
  - 5.1.1 er nach Antragstellung/Bewilligung beziehungsweise nach Vorlage des Verwendungsnachweises weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er weitere Mittel von Dritten erhält,
  - 5.1.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen; hierzu gehört auch eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder eine Veränderung der Deckungsmittel (vergleiche insbesondere Nummer 2),
  - 5.1.3 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
  - 5.1.4 die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten für zuwendungsfähige Ausgaben verbraucht werden können;
  - 5.1.5 Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.
- 5.2 Bei Baumaßnahmen mit einer Rechnungslegung gemäß Nummer 6.2 ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, die ihm vom Zuwendungsgeber gegebenenfalls benannte baufachtechnische Dienststelle rechtzeitig über die erstmalige Ausschreibung und Vergabe, den Baubeginn und die Beendigung der Baumaßnahme zu unterrichten.

#### 6 Rechnungslegung bei Baumaßnahmen

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger muss durch eine Baurechnung (vergleiche Nummer 6.2) Rechnung legen. Besteht die Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Baubauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.
- 6.2 Die Baurechnung besteht aus
  - 6.2.1 dem Sachbuch (§ 28 Gemeindekassenverordnung - GemKVO) oder dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 in der jeweils geltenden Fassung gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids); eine gesonderte Buchführung ist nicht erforderlich, wenn die Einnahmen und Ausgaben für die Baumaßnahme von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen werden, die Nachweise den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 entsprechen und zur Prüfung der Baurechnung beigelegt werden können; Zuwendungsempfänger, die ihr Verfahren auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt haben, können das Bauausgabebuch auf geeignete Weise aus ihrer Buchführung ableiten; dabei muss die Zahlungsempfängerin oder der Zahlungsempfänger erkennbar sein; dies kann zum Beispiel

- über die Bezeichnung der Rechnungsstellerin oder des Rechnungsstellers und die Kreditorennummer erfolgen;
- 6.2.2 den Belegen,
- 6.2.3 den Abrechnungszeichnungen und Bestandsplänen,
- 6.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,
- 6.2.5 den baurechtlichen Genehmigungen, den Prüf- und Abnahmebescheinigungen,
- 6.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
- 6.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,
- 6.2.8 der Gegenüberstellung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts mit der Flächenberechnung des Zuwendungsantrags.
- 6.3 Die Rechnungslegung durch eine Baurechnung ist nicht erforderlich,
- 6.3.1 bei Festbetragsfinanzierung,
- 6.3.2 bei der Bemessung des Umfangs der zuwendungsfähigen Ausgaben nach festen Beträgen oder Richtwerten,
- 6.3.3 wenn der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers 50 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben des Kosten- und Finanzierungsplans nicht unterschreiten wird, oder
- 6.3.4 wenn die für die Baumaßnahme von Bund und Ländern bewilligten Zuwendungen zusammen 500.000 Euro nicht übersteigen.
- 7 Verwendungsnachweis**
- 7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von einem Jahr nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch ein Jahr nach Ablauf des Bewilligungszeitraums der im Zuwendungsbescheid angegebenen Stelle nachzuweisen (Verwendungsnachweis).
- 7.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. Gegebenenfalls ist die Prüfbescheinigung einer eigenen Prüfungseinrichtung des Zuwendungsempfängers beizufügen.
- 7.3 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden, die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Ausgaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.
- 7.4 Im Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen. Auf den vorherigen Sachbericht kann Bezug genommen werden, wenn dieser die Verwendung der Zuwendung und das erzielte Ergebnis auch für den neuen Bewilligungszeitraum zutreffend darstellt. Daneben ist die Erfüllung der im Zuwendungsbescheid festgelegten Erfolgskriterien oder Kennzahlen darzulegen, soweit sich dies nicht bereits aus der Darstellung nach Satz 1 ergibt.
- 7.4.1 Soweit baufachtechnische Dienststellen des Zuwendungsempfängers beteiligt waren, sind die Berichte dieser Stellen beizufügen.
- 7.4.2 Bei Baumaßnahmen besteht der Sachbericht aus der Erklärung, wann die Baumaßnahme begonnen und wann sie abgeschlossen wurde, sowie aus der Zusicherung, dass die Baumaßnahme entsprechend den im Zuwendungsbescheid getroffenen Bestimmungen durchgeführt worden ist. Abweichungen im Rahmen der Nummer 1.3 sind gegebenenfalls besonders zu erläutern. Die Erfüllung von im Zuwendungsbescheid besonders festgelegten Erfolgskriterien oder Kennzahlen ist nachzuweisen.
- 7.5 Im zahlenmäßigen Nachweis sind alle eingesetzten Eigenmittel, Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des der Bewilligung zu Grunde gelegten Kosten- und Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Bei Berücksichtigung von Abschreibungen sind die (gegebenenfalls anteiligen) Jahresbeträge der Abschreibungen je berücksichtigungsfähigem Gegenstand auszuweisen. Besteht die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz, sind nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) nachzuweisen.
- 7.6 Bei Baumaßnahmen ist als zahlenmäßiger Nachweis eine den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 entsprechend summarische Darstellung der Einnahmen und Ausgaben und eine Berechnung entsprechend Nummer 6.2.8 beizufügen. In der summarischen Darstellung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben und die damit in Zusammenhang stehenden Einnahmen besonders zu kennzeichnen. Die Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben ist den Deckungsmitteln (vergleiche auch Nummer 1.2) gegenüberzustellen.
- 7.7 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zuwendungszwecks die Zuwendung an Dritte als weitere Zuwendungsempfängerinnen oder Zuwendungsempfänger weitergeben, muss er die Weitergabe davon abhängig machen, dass die empfangenden Stellen Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen entsprechend den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) aufbewahren und ihm gegenüber Verwendungsnachweise mit Belegen und Verträgen entsprechend den ANBest-P erbringen. Diese Nachweise sind dem Verwendungsnachweis nach Nummer 7.1 beizufügen.
- 8 Prüfung der Verwendung**
- 8.1 Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Unterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung auch im Rahmen einer begleitenden und/oder abschließenden Erfolgskontrolle durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nummer 7.7 sind diese Rechte auch den Dritten gegenüber auszubedingen.
- 8.2 Der Rechnungshof ist berechtigt, beim Zuwendungsempfänger zu prüfen (§ 91 LHO).
- 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- 9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (vergleiche insbesondere §§ 48, 49, 49 a LVwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 9.2 Eine Rücknahme mit Wirkung für die Vergangenheit ist insbesondere möglich, wenn die Zuwendung durch Angaben erwidert worden ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren.
- 9.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit ist möglich, wenn der Zuwendungsempfänger
- 9.3.1 die Zuwendung nicht, nicht alsbald nach Auszahlung (vergleiche Nummer 5.1.4) oder nicht mehr zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet oder
- 9.3.2 andere Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nummer 5) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 9.4 Ein Zuwendungsbescheid wird für die Vergangenheit unwirksam, soweit eine auflösende Bedingung eingetreten ist (zum Beispiel nachträgliche Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder Veränderung der Deckungsmittel nach Nummer 2).
- 9.5 Der Erstattungsanspruch ist vom Eintritt der Unwirksamkeit an entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu verzinsen (vergleiche auch § 49 a LVwVfG).
- 9.6 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung für zuwendungsfähige Ausgaben oder entsprechend weiteren Auflagen (zum Beispiel Berücksichtigung von Eigenmitteln und Einnahmen nach Nummer 1.2) verwendet und wird der Zuwendungsbescheid trotzdem nicht widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen verfangt werden (vergleiche auch § 49 a LVwVfG und Nummer 9.5).
- 10 Besonderer Widerrufsvorbehalt, Begrenzung der Zuwendungsverpflichtung**
- 10.1 Der Zuwendungsgeber behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn die Zuwendung nicht bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums in Anspruch genommen wird.
- 10.2 Aus der Zuwendungsbewilligung kann nicht geschlossen werden, dass auch in künftigen Haushaltsjahren mit einer Zuwendung im bisherigen Umfang gerechnet werden kann. Mit der Bewilligung ist keine Verpflichtung des Zuwendungsgebers verbunden, gegen den Zuwendungsempfänger gerichtete Ansprüche aus Rechtsverhältnissen, die sich über den Zuwendungszweck oder den Bewilligungszeitraum hinaus erstrecken, durch Zuwendungen abzudecken.